Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Zuschlage. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3894. ♦ Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 44. [48. Jahrgang.] Sonntag den 21. Februar 1909. Erste (Abend-)Ausgabe. [48. Jahrgang.] Nr. 44.

Berlin, den 20. Februar.

Politischer Tagesbericht.

Die Mitteilungen der Presse über die gestrigen Verhandlungen in der von der Finanzkommission des Reichstages eingesetzten Subkommission treffen nicht in vollem Maße zu.

Insbesondere ist es nicht richtig, daß die Beschlüsse das Ergebnis einer Verständigung mit der Reichsfinanzverwaltung bilden. Die bei der Beratung anwesenden Vertreter des Reichsschatzamts haben selbstverständlich keine zustimmende Erklärung abgegeben, da sie damit von der vom Bundesrat bisher eingenommenen Stellung abgewichen wären.

Rückblicke.

Seiner Bedeutung als einer unserer hervorragendsten wirtschaftspolitischen Körperschaften entsprechend, hatte der Deutsche Landwirtschaftsrat für seine mehrtägige Hauptversammlung eine ganze Reihe von bedeutsamen Gegenständen zur Beratung und Beschlußfassung gestellt. Am zweiten Verhandlungstage wurde den Versammelten die Ehre zu teil, auch Se. Majestät den Kaiser als Teilnehmer begrüßen zu dürfen. Nachdem Landrat v. Uslar als Referent und Prof. Dove als Korreferent über die Bewässerungsprobleme in unseren Kolonieen anregende Mitteilungen gemacht hatten, nahm Exzellenz Dernburg das Wort zu einer Schilderung der tatsächlichen Verhältnisse in Deutsch-Südwestafrika und zu besonderen Hinweisen auf die Lehren, die wir aus der vielfach gleichartig laufenden Entwicklungsgeschichte der benachbarten Kapkolonie entnehmen dürften. Der Redner schloß mit der Versicherung, die deutsche Regierung werde gerade in Bezug auf die erforderliche Wasserfrage weiter vorangehen, und dankte dem Landwirtschaftsrat für die Erörterung des Themas; dies sei ein Beweis des wachsenden Verständnisses für den kolonialen Gedanken. Hatte der Kaiser den Ausführungen des Staatssekretärs huldvolle Zeichen des Beifalls gespendet, so folgte der Monarch weiter mit Interesse noch dem nächsten Punkte der Verhandlungen, der die Einführung elektrischer Kraft auf dem platten Lande betraf. Erst nach mehrstündiger Anwesenheit und nach Erledigung auch dieses weiten Gegenstandes verließ Se. Majestät unter brausender Ovation der Versammlung den Saal. — Abends fand, sodann in hergebrachter Weise das Festmahl des Deutschen Landwirtschaftsrats statt, zu dessen Beginn Graf v. Schwerin-Löwitz und Freiherr v. Soden als Vorsitzende die Erschienenen und die zahlreichen Ehrengäste, darunter den Herzog-Regenten von Braunschweig, Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg, den Reichskanzler, die Minister und Staatssekretäre, sowie mehrere andere Mitglieder des Bundesrats begrüßten. In Erwiderung dieser Ansprachen hielt sodann der Reichskanzler Fürst v. Bülow eine Rede, die von der Art ausging, in welcher er sein vom Jahre 1900 datierendes landwirtschaftliches Programm durchgeführt habe. Stets habe er hierbei die Unterstützung des Landwirtschaftsrats gefunden, was er dankbar anerkenne, und es sei ihm eine liebe Gewohnheit geworden, alljährlich in seiner Mitte zu erscheinen. Weiter stellte der Reichskanzler den zurzeit großenteils gelösten Aufgaben die noch ungelöste der Reichsfinanzreform gegenüber und appellierte hierzu an den Sinn für die Lehren der Geschichte. Mit warmen Worten gedachte der leitende Staatsmann des Besuches, den das britische Herrscherpaar soeben in Berlin abgestattet hat, und des ihm unmittelbar vorausgegangenen Abkommens zwischen Deutschland und Frankreich über Marokko. Es handele sich jetzt um die finanzielle Festigung der Stellung des Reichs, wobei Fürst Bülow eindringlich darauf hinwies, daß die Landwirtschaft nicht nur den schlechten Kreditverhältnissen zu entgehen suchen, sondern auch ihre ferneren großen Aufgaben sichern helfen müsse. Denn die Entschuldungsaktion, die innere Kolonisation, die Arbeiterwohnfrage, sie könnten sicherlich nur auf erwünschten Fortgang zählen, wenn die Reichsfinanzreform zur Wahrheit werde. So verbände sich auch für die Vertreter der deutschen Landwirtschaft das eigene Interesse mit dem der Allgemeinheit.

Vom preußischen Abgeordnetenhause wurde am Montag das Lehrerbesoldungsgesetz in dritter Lesung angenommen und am folgenden Tage zur Beratung der Berggesetznovelle übergegangen. Handelsminister Delbrück leitete den Gegenstand mit längeren Ausführungen ein, wobei er hervorhob, daß es sich nicht um ein Gelegenheitsgesetz, sondern um von langer Hand vorbereitete Vorschläge handele. Er erläuterte dann die bessere Ordnung der Verantwortlichkeit der Werksleiter und Betriebsführer, insbesondere die Bestimmung, durch welche die Verleihung und Entziehung der Qualifikation technischer Werksbeamten in allen modernen Rechtsgarantieen umgeben wird. In den Ländern, in welchen das Institut der Arbeiterkontrolleure bestehe, hätten sich die englischen Einrichtungen am besten bewährt. Aber die Entwicklung ist bei uns eine ganz andere gewesen; die Staatsaufsicht hat sich ungleich kräftiger entwickelt. In England komme auf je 23 000 Bergarbeiter ein Aufsichtsbeamter, in Preußen schon auf rund 3000; jede größere Grube werde durchschnittlich über 190 mal im Jahre kontrolliert. Die Arbeiterbeamten sind zur Führung der Bergaufsicht voll befähigt, sie werden wirksam durch die Einführer unterstützt. Für die geplante Einführung der Sicherheitsmänner kommen aber neben Rücksichten des Arbeiterschutzes vor allem Imponderabilien in Betracht, denn es gelte wieder enge Fühlung zwischen Werkleitung und Arbeitern herzustellen, damit gegenseitiges Verständnis eintritt und der sozialdemokratischen Propaganda eine wirksame Schranke gezogen wird. Später hob der Minister hinzu, mit den Arbeitgebern wäre ruhig und sachlich verhandelt worden. Die Staatsregierung dürfe nicht einseitig die Interessen eines Teiles berücksichtigen, sie müsse die Interessen beider Teile und des Staates gleichmäßig berücksichtigen. Durch die Vorlage sollen die Mängel der ausländischen Einrichtungen vermieden werden. Die gesetzlichen Arbeiterkontrolleure trügen nicht zur Sicherung von Gefahren bei. Die in der Novelle vorgesehenen Sicherheitsmänner müssen in unmittelbaren persönlichen Verkehr mit der Werksverwaltung gebracht werden; dann werden sie nicht bloß für die Sicherheit der Arbeiter, sondern auch für den sozialen Frieden nützlich wirken. Unfallsgefahr und Gesundheitszustand der Bergarbeiter hätten sich tatsächlich nicht verschlechtert, was eingehende Nachweisung fand. — Nachdem die Novelle an eine Kommission verwiesen war, ging das Haus auf die Generaldebatte zum Bergetat über, wobei der Handelsminister Bemängelungen gegenüber, daß der Reinertrag des Staatsbesitzes an Bergwerken zu niedrig erscheine, auf die noch ausstehende volle Entwicklung verwies und sich zu einer Rentabilitätsberechnung bereit erklärte. Weiteren Ausstellungen nach verschiedener Richtung erwiderte der Minister in zusammenfassender Rede. Er betonte u. a., jede Beschwerde gelange auch zur Untersuchung, aber Antwort erhalte nur der persönlich Beteiligte. Sozialgesetzgebung und Bergpolizeiordnung überschritten zwar oft das auch im Interesse der Bergarbeiter erwünschte Maß, aber dies sei nicht zu vermeiden, solange das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern so gespannt wäre wie jetzt, die Zwistigkeiten zwischen ihnen durch die Staatsgewalt geschlichtet werden müßten. Eine Erneuerung des Kalisyndikats sei erforderlich, der Fiskus werde sie tunlichst fördern unter der Vorbedingung, daß ihm das Veto in Bezug auf die Preise des Kali für die Landwirtschaft vorbleibe. In Bezug auf das Koalitionsrecht müsse gleiches Recht für Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehen; Mißstände hierbei wären zweckmäßiger durch die Rechtsprechung als durch fassistische Gesetzgebung zu erledigen. Die politische und die Wahlfreiheit der Bergleute würden geachtet, aber Agitationen, welche den Frieden und die Disziplin auf den Werken selbst gefährden, absolut nicht geduldet.

Als hierauf in die dritte Lesung des Pfarrerbesoldungsgesetzes eingetreten wurde, wußte sich der sozialdemokratische Abgeordnete Hoffmann, wie schon mehrfach geschehen, durch eine Reihe ungebührlicher Invektiven hervorzutun, die der ert. stürzlich ergangenen Aufforderung des Präsidenten v. Kröcher zu anständigem Verhalten Hohn sprachen. Gegen die Handhabung der Geschäftsordnung von seiten des Präsidiums, das ihm durch Eingehen auf einen regelrecht eingebrachten Schlußantrag das Wort abgeschnitten hatte, wehrte sich „Genosse" Hoffmann in ermüdender Manier und mit der einsichtslosen, rechthaberischen Suada des Schlechtgebildeten; eine Eigenschaft, auf die stolz zu sein er dann betont hat, als er am folgenden Tage sich der aufgeschobenen Rede entledigte. Gibt man sich auch zeitweilen im Hause dem Eindruck der freiwilligen und der unfreiwilligen Komik hin, welche die Reden dieses Vertreters eines Berliner Wahlbezirks durchziehen — er würde vielleicht das Ausbleiben der ihm zweifellos ermünschten Reformanz mit dem vollen Schwere des Naiven empfinden —, so gestaltet sich das Wirken des Abg. Hoffmann doch zusehends zu einer parlamentarischen Abnormität aus. Er stellt ein Sprachrohr für Anschauungen, Einfälle und hüfkfose Irrtümer einer Bevölkerungsschicht dar, die in der sozialdemokratischen Partei selbst sorgsam und verschwiegen an der Kette festgehalten wird. Wissen doch die führenden Kreise der „Genossen" sehr genau, daß selbst im Dezember und gar bei positivem Einfluß dieser Elemente keine Zahlkraft zu treiben mehr möglich wäre. Aber auf die politische Vertretung der Staatsbürgerschaft läßt die Partei mit Vergnügen ein Exemplar jener Gattung los und wäre bereit, auch einer ernstlicheren Störung der gesetzgeberischen Arbeit Beifall zu spenden. In der bürgerlichen Presse sind daher Erwägungen aufgetaucht, wie dieser Folge von unangemessenen Zwischenspielen wohl Einhalt zu tun sei. Die Post bemerkte u. a., der Vorwurf, man habe im Abgeordnetenhause die sozialdemokratische Minderheit vergewaltigen wollen, wäre unangebracht. Nur der Fall Hoffmann als solcher liege zunächst vor. „Wie richtig die Mehrheit des Abgeordnetenhauses die sozialdemokratische Minderheit gewürdigt hatte, bewiesen die Schimpfworte, mit denen er sich für die Wortentziehung zu revanchieren suchte. Weder ihm noch der sozialdemokratischen Fraktion ist daher unrecht geschehen. Allein darum kann es sich jetzt handeln, ob die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses ausreichende Mittel darbietet, um weiteren Versuchen, den Sauberdenton sozialdemokratischer Versammlungen in das Abgeordnetenhaus einzubürgern, wirksam vorzubeugen. Die Geschäftsordnung ist naturgemäß auf eine Versammlung von gebildeten Männern zugeschnitten und hat daher Schimpfereien, wie sie sich neulich Herr Hoffmann leistete, natürlich nicht vorgesehen." — Die Kreuzzeitung aber knüpfte an die neulige Mahnung des Präsidenten an, indem sie schrieb:

„Eine stärkere Blamage, eine gründlichere Bloßstellung hat niemals eine politische Partei erfahren, als sie, dank ihrem „Genossen" Hoffmann, die sozialdemokratische Partei über sich ergehen lassen mußte. Denn es ist gar nicht zu bestreiten, daß der Abfall an den Anstand die gelamte Sozialdemokratie angeht, die seine Leistung auf ihr Mitglied einzunehmen. Wenn schon die sozialdemokratische Partei einem so ungebärdigen Mann wie Hoffmann ein Parlamentsmandat überträgt, dann ist es auch ihre Pflicht, ihn derart zu zügeln, daß er seinen Platz unter „anständigen Leuten" auszufüllen vermag. So gut die Sozialdemokratie sonst unleugbar die Disziplin zu handhaben versteht, so wenig hat sie sie Herrn Hoffmann gegenüber auszuüben versucht. Es war und bleibt deshalb das gute Recht der „anständigen Leute" im Abgeordnetenhause hier, da die Parteidisziplin in diesem Falle versagt, sich und die Sitten des Hauses selbst zu schützen. Und als bei der weiteren Beratung des Pfarrerbesoldungsgesetzes der Abg. Hoffmann am Sonnabend sich wieder zum Wort gemeldet hatte, war es nur die Konsequenz seines bisherigen Benehmens und seiner offenbaren Neigung sowohl der Ordnungsrufe als auch der erwähnten scharfen Rüge, daß durch Mehrheitsbeschluß die Beendigung der Debatte herbeigeführt wurde, bevor er reden konnte. Daß der „Genosse" darüber sich ärgerte, war nicht erstaunlich, aber wiederum war sein Benehmen ein so unerhörtes, daß er dadurch die gegen ihn ergriffene Maßregel vollauf rechtfertigte. Er sprach in einigen Erklärungen zur Geschäftsordnung von brutaler Anwendung der Macht, durch die die Mehrheit diese Gemeinheit selbst gekennzeichnet habe, die Wortentziehung sei „feige und infam zugleich". Die sozialdemokratische „Fraktion" begleitete diese Schimpfereien mit Beifall. Und als Vizepräsident Krause dem Abgeordneten Hoffmann den zweiten Ordnungsruf erteilte, bemerkte dieser: „Das ist eine Ehre für mich." Ueber eine solche Art von Ehrbegriff ist so allerdings unter anständigen Leuten eine Diskussion unmöglich; es entsteht jedoch die Frage, ob es zu verlangen sei, daß eine parlamentarische Körperschaft es sich gefallen lassen müsse, solchen Beschimpfungen ausgesetzt zu sein. Da die Mehrheit des Abgeordnetenhauses die Befugnis nicht besitzt, ein Mitglied, das sich der Ordnung des Hauses nicht fügen und die Disziplinarmaßregel des Präsidiums verhöhnt, auszuschließen, bleibt ihr eben nichts weiter übrig, als das Reden eines solchen Abgeordneten auf das geringste Maß einzuschränken."

Eine überaus lange Erörterung knüpfte sich im Reichstag an den Etat des Reichseisenbahnamts, ohne daß dabei von irgendwie neuen Gesichtspunkten etwas Rede sein konnte, so viele Mitglieder das Hauses auch das Wort nahmen. Zur ersten Lesung der Bankgesetznovelle gab alsdann der Staatssekretär des Innern Dr. v. Bethmann Hollweg eine sachliche Erläuterung des Gegenstandes. Die Grundlagen unseres Geld- und Bankwesens sollen unangetastet bleiben, das heutige System vielmehr entsprechend den gesteigerten Anforderungen des Wirtschaftslebens ausgebaut werden. Der Entwurf ermögliche die Erhöhung der eigenen Mittel der Reichsbank, namentlich für Zeiten der Krisis, ohne neue Belastung des Geldmarktes. Den Anteileignern bleibe die Vordividende von dreieinhalb Prozent, und die Wiederherstellung des Reservefonds werde den Kurs der Anteilscheine steigern. Nicht genügend sei das gegenwärtige steuerfreie Notenkontingent. Die Verbindung des Charakters eines gesetzlichen Zahlungsmittels an die Reichsbanknoten sanktioniere ein Gewohnheitsrecht des Verkehrs. Damit greife man in die Goldwährung nicht ein, wie es das Beispiel von England und Frankreich klarmache. Somit komme der Entwurf den Wünschen des Verkehrs entgegen, hebe das Ansehen der Reichsbank und befestige den Kredit des deutschen Vaterlandes von neuem. Es entsprach diesen Ausführungen, wenn die nachfolgenden Wortführer der Fraktionen sich mit der Absicht und den Bestimmungen der Novelle in einer Weise befaßten, die der Präsident des Reichsbankdirektoriums Havenstein hierauf als freundlich und sachlich zugleich begrüßen konnte. Er entnehme daraus, daß die langwierige und arbeitsreiche Tätigkeit der Enquetekommission dank der Hingebung aller ihrer Mitglieder und Sachverständigen doch nach mancher Richtung aufklärend und ausgleichend gewirkt habe, ein Umstand, der unter Ausscheidung unrichtbarer theoretischer Differenzpunkte zusammenführe zu gemeinsamer Arbeit für das große und wichtige Zentralnoteninstitut des Reiches. Sodann ging der Redner auf die Diskontpolitik ein, betonte, ein Suchen nach Mitteln und Wegen, hier Schwankungen des Diskontsatzes annähernd zu verhindern, werde vergeblich bleiben, worüber er Näheres beibrachte, und erklärte sich im übrigen bereit, der Kommission noch fernere Angaben zu machen.

Daß die unmittelbar vor die städtischerseits unternommene Zählung der Arbeitslosen Berlins gelegte sozialdemokratische Zählung gleicher Art nur als zweckwidrige Quertreiberei wirken mußte und gewirkt hat, wird von keinem Geringeren bestätigt als dem „Genossen" Richard Calwer, der sich überhaupt in entschieden unzufälliger Weise von den Kapazitäten des Hoffmannschen Typus abzuheben erkühnt. Er führt in seiner Korrespondenz wörtlich aus: „In Berlin haben hintereinander, nämlich vom 12. bis 14. und am 16. Februar, Arbeitslosenzählungen stattgefunden, die aus einer Reihe von Gründen eine eingehendere Besprechung verdienen. An sich muß es schon auffallen, daß zwei Arbeitslosenzählungen unmittelbar hintereinander an einem und dem nämlichen Orte folgen. Man konnte mit dem von der Stadt Berlin eingeschlagenen Meldesystem noch so unzufrieden sein, so war doch in aller Ruhe zu überlegen, ob es angebracht ist, fast zur nämlichen Zeit, da eine Arbeitslosenzählung nach dem Meldesystem stattfindet, eine Zählung nach einer anderen Methode vorzunehmen. Auch wir halten das Meldesystem für unzureichend, aber immerhin sind periodische Aufnahmen nach dem Meldesystem insofern besser als einmalige umfassende Aufnahmen durch Zähler, als sie über die Bewegung der Arbeitslosigkeit Aufschluß geben. Durch die gewerkschaftliche Zählung gerade zwei Tage vor der städtischen Zählung ist aber erreicht worden, daß die städtische Zählung mißglückt und im Vergleich mit der Novemberzählung völlig unmöglich gemacht ist. Ganz natürlich sagte sich ein großer Teil der Arbeitslosen, die am Sonntag den 14. gezählt wurden, daß es nunmehr unnötig und überflüssig sei, sich am 16. nochmals zu melden; infolgedessen sind alle, die sich sonst gemeldet hätten, am 16. zu Hause geblieben. Wir haben stets gewerkschaftliche Arbeitslosenzählungen befürwortet und hätten selbst eine einmalige Zählung zu jedem anderen Zeitpunkt als höchst erfreulich begrüßt, nur nicht zu einem Zeitpunkt, in dem sie notwendigerweise den Zweck einer anderen Arbeitslosenzählung illusorisch machen mußte. Es handelt sich denn doch bei Arbeitslosenzählungen um eine höchst ernste Angelegenheit, bei der in erster Linie rein sachliche Gründe zu entscheiden haben." — Die Sozialdemokratie allerdings, der dieser gewerkschaftlich zeichnende Streich unverkennbar zu danken ist, tröstet sich und die Arbeitslosen vermutlich mit Sir John Falstaffs Verdikt von der Brombeerwohlfeilheit aller Gründe, die gegen ihre Sachlichkeit unbequem sind. Aber solche Ueberverleitungsversuche, bei denen gerade die Hilfsbedürftigen in Gefahr kommen müssen, etwaigen Nachteilen ausgesetzt zu bleiben, sie richten sich selbst, und alles das wird den aufdämmernden Zweifel der Arbeiterkreise an der inneren Macht des Sozialismus keineswegs verringern.

Rundschau im Auslande.

Zur Reise des Fürsten von Bulgarien nach Petersburg.

Fürst Ferdinand von Bulgarien ist Freitag nachmittag zur Besitzung des Großfürsten Wladimir von Wien nach Petersburg abgereist.

Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Paris: Nach längeren Verhandlungen ist dem Fürsten Ferdinand vom russischen Hofe zugesagt worden, daß er unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse persönlich als bulgarischer Zar während seines Petersburger Aufenthalts behandelt werden soll. Die russische Regierung soll die Zustimmung der Türkei hierzu nachgesucht haben. In russischen Kreisen wird versichert, daß dieser höfische Vorgang der bulgarischen Anerkennungsfrage nicht präjudiziere.

Das Reutersche Bureau in London erfährt, daß das Gerücht aus Sofia betreffend die Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens unbegründet sei, und daß nichts irgend eine plötzliche Aenderung in der Haltung einer Macht anzeige.

Das Wiener Fremdenblatt schreibt: Der aus Sofia eingetroffenen Meldung, daß Rußland, Frankreich und England das Königreich Bulgarien anerkannt hätten, wird durch das Reutersche Bureau ein Dementi entgegengesetzt. Die Meldung wäre aber nicht überraschend gekommen, da die Anerkennung des von Bulgarien geschaffenen Zustandes ja stets nur als eine Frage der Zeit betrachtet wurde und bekanntlich bereits seit längerem den Gegenstand von Pourparlers unter den Mächten gebildet hatte. Was die Haltung Oesterreich-Ungarns zu dieser Frage anbetrifft, so genügt es, daran zu erinnern, daß das Wiener Kabinett bereits im Oktober vorigen Jahres bei einigen Mächten die Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens angeregt, und daß der Minister des Aeußeren, Freiherr v. Aehrenthal, sich in diesem Sinne auch vor den Delegationen ausgesprochen hat. Es ist anzunehmen, daß Oesterreich-Ungarn, sobald zwischen der Pforte und Bulgarien eine Verständigung über die schwebenden Streitpunkte erzielt sein wird, seinem damals bekanntgegebenen Standpunkte gemäß nicht zögern wird, die Unabhängigkeit Bulgariens und die Königswürde seines Herrschers anzuerkennen.

Zu den Orientfragen

liegen weiter folgende Meldungen vor:

London, 19. Februar. Das Reutersche Bureau erklärt: Nach Erkundigungen in offiziellen Kreisen sind keine Nachrichten eingetroffen, welche die beunruhigenden Gerüchte, betreffend die Lage in Oesterreich-Ungarn und Serbien bestätigen. Diese Gerüchte haben in diplomatischen Kreisen Erstaunen hervorgerufen, und man mißt ihnen keinen Glauben bei.

♦

Belgrad, 19. Februar. Die Skupschtina hat heute mit 61 gegen 38 Stimmen eine Tagesordnung angenommen, durch die dem Volkswirtschaftsminister Glawinitsch das Mißtrauen ausgesprochen wird. Die nächste Sitzung findet morgen statt.

Vor Annahme des Mißtrauensvotums gegen Glawinitsch erklärte dieser in dreistündiger Rede mit vor Erregung zitternder Stimme, man habe sich aus parteipolitischen Gründen nicht gescheut, sogar seine politische Ehrenhaftigkeit zu verdächtigen. Er habe sich während seiner vierundzwanzigjährigen Tätigkeit im öffentlichen Leben stets in ehrenhafter Weise für das allgemeine Wohl eingesetzt. Niemand könne ihm auch nur den geringsten Makel vorwerfen. Niemals habe er sich zu einem Ministervorteilen gebraucht. Wenn man ihn heute anklage, so trage die Schuld die Skupschtina, die die gegenwärtige Regierung in den schwersten Augenblicken für das Land zum Ausharren auf ihrem Posten genötigt habe. Der Minister wies alsdann nach, daß er nicht nur streng nach dem Gesetz vorgegangen, sondern auch die staatlichen Interessen voll gewahrt habe. Die Skupschtina möge sich durch Einsetzung einer Untersuchungskommission von der Richtigkeit seiner Worte überzeugen.

Die drei jungradikalen Minister Glawinitsch Santschitsch und Timotjewitsch überreichten heute abend dem Könige ihre Demission.

♦

Sofia, 19. Februar. (Wiener Telegr.-Korresp.-Bureau.) Der türkische Geschäftsträger Refik-Bei erkundigte sich im Ministerium des Aeußeren über neuerdings in bulgarischen Blättern aufgetauchte Gerüchte von einer bevorstehenden Mobilisierung einer oder mehrerer bulgarischer Divisionen und klagte zugleich über die unfreundliche Sprache der offiziösen Blätter gegenüber dem neuen türkischen Kabinett. Der Vertreter des abwesenden Ministers gab Refik-Bei beruhigende Versicherungen und erklärte die obigen Gerüchte für unbegründet.

Deutschland und die Schweiz.

Bern, 19. Februar. Der Bundesrat befaßte sich heute mit dem deutsch-schweizerischen Mehlzollkonflikt und beschloß, an die deutsche Regierung eine neue Note zu richten, in der er in der Hauptsache an seinem bisherigen Standpunkt festhält, sich aber bereit erklärt, die Fragestellung und deren Reihenfolge dem Schiedsgericht zur Entscheidung zu überlassen. — Die Antwortnote des Bundesrats auf die Noten Deutschlands und Italiens bezüglich des Rückkaufs der Gotthardbahn wird erst im Laufe der nächsten Woche abgehen.

Tschechische Antimilitaristen.

Aus Prag, den 19., wird telegraphiert: In Schlan sind 30 Unteroffiziere wegen fortgesetzter tschechischer Agitation bei einer antimilitaristischen Geheimversammlung überrascht und verhaftet worden. Sie wurden dem Militärgericht eingeliefert. Im Zusammenhang mit den Vorfällen der letzten Zeit erregt diese Verhaftung großes Aufsehen.

Vom englischen Parlament.

London, 19. Februar. Unterhaus. Der Zusatzantrag der Opposition zu der die Thronrede beantwortenden Adresse des Unterhauses, welcher die Tarifreform befürwortet, wurde nach einer zweitägigen Debatte mit 276 gegen 107 Stimmen abgelehnt.

Im Verlaufe der Diskussion erklärte Balfour, daß ausländische Märkte für die englischen Erzeugnisse und Sicherheit für die heimische Industrie absolute Notwendigkeiten seien, und daß die Finanzreform eines der Hauptmittel sei, durch das diese beiden Ziele erreicht werden könnten. Handelsminister Churchill ließ sich über die Unbestimmtheit der von Balfour vorgebrachten Gründe aus und wies darauf hin, daß England nicht nur nicht schlechter, sondern manchmal bessere Bedingungen für seine Ausfuhr erlte als die Schutzzolländer. Der Minister hob auch hervor, daß es eine gefährliche Politik sein würde, die Idee der Reichseinheit mit der Besteuerung von Brot und Fleisch zusammenzubringen.

Minister Haldane erklärte in einer Rede, die er heute in Bishop Auckland hielt, daß die Regierung das Parlament so lange nicht auflösen werde, wie sie einer großen Mehrheit im Unterhause sicher sei.

China.

Peking, 19. Februar. (Deutsche Kabelgramm-Gesellschaft.) Prinz Su, Herzog Taitze, Kriegsminister Tieh'liang und Admiral Sa sind durch Edikt mit den Vorarbeiten für die Reorganisation der Marine betraut worden.

Die Amerikaner beabsichtigen, in Schanghai eine Universität größten Stiles zu errichten. Die dazu nötigen Mittel sollen von Rockefeller stammen.

Schanghai, 19. Februar. (Deutsche Kabelgramm-Gesellschaft.) Die Opiumkommission hat, obgleich drei Mitglieder der Kommission Aerzte sind, den Antrag Chinas auf Ernennung einer Unterkommission für Berichterstattung über die ärztliche Seite der Frage abgelehnt. Für den Antrag stimmten Amerika, Deutschland, China, Italien, Japan und Oesterreich-Ungarn, dagegen Frankreich, England, Holland, Persien, Portugal, Rußland und Siam. Die Abstimmung ist anscheinend bezeichnend für den Endersolg der Arbeit der Kommission.

Schanghai, 20. Februar. (Deutsche Kabelgramm-Gesellschaft.) Die Ernennung des Ministers des Innern Prinzen Su, des Finanzministers Herzogs Taitse, des Prinzen Tching, sowie des Kriegsministers Tieh'liang und des Admirals Sa zu Reorganisatoren der chinesischen Flotte bedeutet die Annahme von Vorschlägen aufgestellten, auf den alten Vorschlägen Liyuantschiangs beruhenden Plans, zunächst ein Kreuzergeschwader mit einem Aufwand von jährlich 15 Millionen Taels zu bauen.

Großsekretär Lu-Chuan-lin ist angewiesen worden, nach der Mandschurei zu gehen, um die gegen den kürzlich zum Verkehrsminister ernannten Generalgouverneur Hsi-Schihgang wegen Verschwendung von Staatsmitteln erhobenen Anklagen zu untersuchen. Für Hsü-Schihchang, der ein Parteigänger Yuanschikais war, wird ein unangenehmer Ausgang erwartet.

Kleinere politische Nachrichten.

Laut Meldung aus Washington hat Präsident Roosevelt angekündigt, es würden unterzeichnet an 45 Staaten Einladungen zu einer Weltkonferenz ergehen, die im September d. J. im Haag stattfinden und über Maßregeln zur Erhaltung der natürlichen Hilfsquellen dieser Staaten beraten soll.

Zum Kolonial-Militäretat.

In der Tagespresse sind neuerdings mehrfach Vorschläge zur Verringerung des Kolonial-Militäretats gemacht worden. Dabei wurde insbesondere die derzeitige Organisation des Kommandos der Schutztruppen einer manchmal von unrichtigen Voraussetzungen ausgehenden Kritik unterzogen. Die Organi-